Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsatz entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift % Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 107 | Sonntag den 11. Mai 1919 | 78. Jahrg.

Brockdorff-Rantzau an die Friedenskonferenz

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung ermahnt in einem Aufruf das ganze Volk zur Einigkeit.

* Die Nationalversammlung ist auf den 12. Mai nach Berlin einberufen, wo sie in der neuen Aula der Universität tagen wird.

* Die militärischen Bedingungen des Friedens versetzen Deutschland in die Reihe der Kleinstaaten.

* Die Reichsregierung hat den größten Teil der neuen Steuervorlagen veröffentlicht.

* Die Reichsregierung protestiert gegen die Zufuhr polnischen Kriegsmaterials über Danzig.

* In einer Note an die Alliierten hat die Reichsregierung die sofortige Rückgabe der Gefangenen gefordert.

* Belgien erhebt gegen die geplante Stellung Deutsch-Ostafrikas unter englische Verwaltung Einspruch.

* Deutschland soll neben großen Mengen anderen Viehes noch 420 000 Milchkühe abliefern.

Weltrevolution?

Ein schreckliches Erwachen ist dem deutschen Volke geworden. Wir erwachen wie Simson, als die Philister über ihm waren: geblendet, gefesselt, versklavt. Und in ihrer dumpfen Verzweiflung denken manche unter uns, wir müßten es nun ebenso machen wie der Riese des Volkes Israel. Uns gegen die Säulen der feindlichen Welt mit aller Kraft neigen, damit sie zusammenstürze und unter den Trümmern mit uns auch den Feind begrabe. Das ging damals, in den winzigen Verhältnissen, unter denen ein Volk unter einem einzigen Tempeldach Platz fand. Heute stehen wir allein gegen fünf Erdteile. Selbst wenn wir, wie der Minister **Giesberts** in der ersten Erregung in Versailles gemeint hat, uns dem Bolschewismus in die Arme würfen, so wäre damit der Feind noch nicht zerschmettert, sondern nur wir allein. „Der Bolschewismus ist eine Krankheit besiegter Völker", hat der Marschall Foch kühl erklärt.

In Zeiten der Bedrängnis blüht immer die Phantastik. Ernst Moritz Arndt, der Anfang April 1813 mit dem Freiherrn vom Stein nach Dresden kam, erzählt, wie dort alsbald „das Gedränge der Wohlmeinenden und der Verrückten" begonnen habe. Die unglaublichsten Pläne zur Vernichtung des französischen Heeres wurden ausgeheckt, unter anderem der Bau eines magnetischen Eisenkolosses, der vor den Deutschen hergeschoben werden und die feindlichen Waffen und sogar die fliegenden Bleikugeln an sich ziehen sollte. Im Januar 1871 war es in Paris nicht anders. Die phantastischsten Ideen zur Sprengung des deutschen Belagerungsringes wurden ernsthaft diskutiert, darunter der echt französische, durch Hinaussenden von Massen kranker Frauenzimmer das ganze deutsche Heer infizieren lassen zu wollen. Phantasten haben aber niemals Erfolg. Heute wie damals.

Der Gedanke einer Weltrevolution, durch den auch die Gegner zermürbt würden, ist nicht weniger phantastisch als die Rettungsidee der 1871 in Paris belagerten Franzosen.

Die im Grunde gänzlich unpolitischen Magyaren, die schon im Frieden das reiche Ungarn zugrunde regiert haben, haben die Ausführung des Planes, durch den Bolschewismus der feindlichen Umklammerung Herr zu werden, ja bereits versucht. Er ist gescheitert. Eine zusammengelaufene Armee ohne Manneszucht kann nichts ausrichten. In diesem ganzen Weltkriege ist ja nicht etwa der Militarismus geschlagen worden, sondern gerade der Militarismus — der der Entente — hat gesiegt. Die Entente hatte daheim den Arbeitszwang. Die Entente steckte jeden „Flaumacher" ins Gefängnis. Die Entente militarisierte die gesamte Industrie. Die Entente ließ jeden Soldaten hinrichten, der für Verständigungsfrieden sich äußerte. Wir machten es anders. Wir erklärten, das Hauptziel des Krieges sei die Abschaffung der Kriege, die Völkerversöhnung, die Demokratisierung der Nationen. Wir fingen daheim damit an. Und drüben wurde derweil der demokratische Präsident Wilson zum unumschränkten Autokraten; und Clemenceau hatte eine Machtvollkommenheit, wie bei uns nie ein Kaiser. Dieses System hat gesiegt. Das neue ungarische aber hat sich als völlig unfähig erwiesen. Die bolschewistischen Divisionen der Magyaren sind vor wenigen rumänischen oder serbischen Truppen davongelaufen, die nicht im Traume an Weltrevolution dachten. Im Handumdrehen war fast ganz Ungarn besetzt. Nun erwartet man binnen wenigen Stunden auch noch die Einnahme der Hauptstadt Ofen-Pest durch die feindliche Wehrmacht. Der Traum vom Bolschewismus ist ausgeträumt. Die Phantastik rentiert nicht.

Selbstverständlich könnten wir unsere Grenzen den Russen öffnen. Sie würden mit Vergnügen zu uns hereinströmen und zunächst alles requirieren, was bei uns noch nicht requiriert ist, wurden uns ratzekahl fressen, ohne daß wir eine Gegenleistung erhielten. Wie können wir in unserer vaterländischen Not überhaupt auf den Gedanken kommen, daß sie durch eine Weltrevolution gebannt werden könnte! Die Weltgeschichte kennt nur Beispiele, daß nationale Heere eine Nation erlöst haben; aber leere Drohungen mit Bolschewismus verfangen nicht.

Für ein Industrievolk ist Bolschewismus der Tod. In Rußland sind 90 % der Bevölkerung Bauern, die staatlos, ordnungslos, verkehrslos schließlich doch leben können. Nahrung und Kleidung wachsen ihnen zu. Die Wälder geben Brennholz und Pflüge einfachster Art. Wenn Petersburg unter dem Zeichen der bolschewistischen Weltrevolution verhungert, was schiert das den Bauern im Gouvernement Poltawa? Und Rußland hat überdies den natürlichen Vorzug seiner Riesenhaftigkeit für sich. Solch ein Millionenheer kann keine Entente aufbringen, um dort in jedes Dorf Gendarmerie hinzulegen. In Deutschland aber müssen wir, die wir zu 70 % ein Industrievolk sind, in demselben Augenblick hungern und frieren, in dem wir die Ordnung zertrümmern lassen.

Wir müssen nüchtern bleiben. Phantastik und Träumerei sind ungesund. Uns bleibt nur die einfache urewige Wahrheit, daß ein Volk, um leben zu bleiben, zum Sterben bereit sein muß. Die Tschechen, die Polen, die Italiener wollen keine Verständigung. Sie besetzen das, was sie brauchen. Sie wollen dort, wenn es nottut, auch fallen.

Die Welt bleibt ewig dieselbe. Es sind schon viele Völker in Ehren untergegangen. Nur hat bisher noch keines, wie man es uns zutraut, sich selbst den Strick um den Hals gelegt.

Germanicus.

In der Schicksalsstunde.

Wir wollen sein ein einig Volk ....

Jetzt ist das Schicksal, das wir in den Julitagen des Jahres 1914 nahen fühlten und gegen das wir uns damals einmütig und in begeisterter Hingabe an das Vaterland auflehnten, über uns hereingebrochen. Wir fühlen es erst heute wohl, angesichts der unverhüllten Grausamkeit unserer Feinde in voller Schwere. Damals rief das Vaterland seine Söhne. Und sie kamen in hellen Scharen, sie boten sich, ihr blühendes Leben, ihr Hab und Gut zum Opfer ... Heute ruft das Vaterland nach fast fünf Jahren noch einmal. Nicht mehr zur Abwehr mit den Waffen — die ist nicht mehr möglich — aber zu entschlossener Auflehnung der Herzen. Noch einmal ruft das Vaterland, zum letzten Male in seiner schwersten Schicksalsstunde: Schließt die Reihen, seid einig, schart Euch um Eurer Mutter Erde! Denn mag man uns beugen, brechen wird man uns nicht können.

Die Reichsregierung an das Volk.

In dieser ernsten Stunde, da sich das Schicksal Deutschlands seiner Entscheidung nähert, wendet sich die Reichsregierung mit einem Aufruf an das deutsche Volk, der angesichts der feindlichen Friedensbestimmungen zu einmütigem Zusammenstehen von Volk und Regierung auffordert. Der Aufruf weist darauf hin, daß wir in Erwartung eines Rechtsfriedens geduldig die harten Waffenstillstandsbedingungen und die Hungerblockade ertragen haben. Was uns aber jetzt zugemutet werde, sei unerträglich und selbst bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. Es soll uns Gewalt ohne Maß und Grenzen angetan werden. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes und menschenunwürdige Lohnsklaverei seien das Ziel dieses Gewaltfriedens. Das deutsche Volkstum könne nur gewahrt werden, wenn Deutschland sich ohne Unterschied der Partei zusammenschließe und ausharre auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

An den deutschen Osten.

Einen zweiten Aufruf richtet die Reichsregierung an den deutschen Osten. Es wird der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens die Versicherung gegeben, daß die Regierung alles aufbieten wird, um die Gefahren, die durch die beabsichtigte Abtrennung großer Ostgebiete von Deutschland und durch die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von dem Gebiete des russischen Volkes heraufbeschworen werden, abzuwehren.

Am Grabe Deutschlands.

Ministerpräsident Scheidemann über den Friedensvertrag.

Im Friedensausschuß der Nationalversammlung nahm Ministerpräsident Scheidemann das Wort, um sich über die unerhörten Friedensbestimmungen der Entente auszulassen. Man stehe, sagte er, am Grabe des deutschen Volkes, wenn all das, was sich hier Friedensbedingungen nenne, zur vertraglichen Tatsache werden sollte. Ein solcher Friede würde Deutschlands staatliche und nationale Vernichtung bedeuten. Von Wilsons berühmten 14 Punkten und von dem Völkerbundstraum sei überhaupt nicht mehr die Rede. Der Ministerpräsident nahm sich einzelne der 14 Punkte vor und wies klar und deutlich nach, daß sie zu den uns übermittelten Friedensbedingungen in einem schreienden Gegensatz stehen. Die nationale Selbstbestimmung und die Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, die den Wilsonschen Gedankengang beherrschten, seien plötzlich wie weggeblasen.

Die Urkunde von Versailles wimmele von Durchbrechungen des Grundsatzes der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Die ungeheuerlichste Bedingung aber sei, daß wir innerhalb der nächsten zwei Jahre 20 Milliarden Mark in Gold, Waren usw. zahlen sollen, und zwar auf Grund einer uns vorzulegenden Schadenersatzzahlung, die erst im Jahre 1921 festzustellen sein würde. Wir würden also sozusagen dauernd unter dem Damoklesschwert einer unbekannten Forderung stehen. Kurz und gut, dieser ganze Friedensvertrag sei nichts als ein befristetes Todesurteil und ein Dokument des Hasses und der Verblendung. Trotz alledem habe die Reichsregierung den ernsten Willen, zu Verhandlungen und zum Frieden zu kommen. Sie habe die deutsche Abordnung in Versailles angewiesen, den feindlichen Regierungen die deutschen Gegenvorschläge innerhalb der vorgesehenen Frist in Aussicht zu stellen und um die Anbahnung mündlicher Aussprache zu ersuchen.

Eine Trauerwoche für das Reich.

Der Präsident des Reichsministeriums hat aus Anlaß der Bekanntgabe des Friedensvertrages die einzelstaatlichen Regierungen ersucht, eine **Trauerwoche** anzuordnen. Es sollen alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern, die dem Ernst dieser schwersten Zeit entsprechende Stücke zur Aufführung gelangen.

Die Haltung der Parteien.

Die Friedensbedingungen sind unerfüllbar.

Wenngleich noch keine bindenden Beschlüsse der Parteien vorliegen, so darf doch schon jetzt gesagt werden, daß alle Parteien — einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokraten — auf dem Standpunkt stehen, daß die Friedensbedingungen unannehmbar und unerfüllbar sind. Von deutschnationaler Seite wird betont, daß in dem Friedensentwurf die Zersplitterung Deutschlands liegt, die stets ein Kriegsziel der Entente gewesen ist, und auf die die rechtsstehenden Parteien stets hingewiesen haben. Die Deutsche Volkspartei vertritt die gleiche Ansicht. Die Mehrheitsparteien stehen im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß es sich bei dem vorliegenden Friedensentwurf um Höchstforderungen des Vierverbandes handle, von denen sich vielleicht doch noch etwas abhandeln lasse. Die Unabhängigen setzen ihre Hoffnung nach wie vor auf die Weltrevolution, die den Machtfrieden Clemenceaus einer Revision unterziehen werde.

Die erste deutsche Antwort

Innerhalb der Reichsregierung finden dauernd Beratungen über die Antwort auf den Friedensvertragsentwurf statt. Auf telegraphischem Wege wird zwischen Berlin und Versailles über den Wortlaut der Antwort an die Entente verhandelt. Ministerpräsident Scheidemann hat eingehend mit allen Fraktionsführern über die Erklärungen verhandelt, die sie am Montag in der in der neuen Aula der Berliner Universität zusammentretenden **Nationalversammlung** abgeben werden. Er selbst wird die Sitzung mit einer großen Rede eröffnen. Am Montag wird man auch bereits wissen, wie sich die Entente zu der deutschen Forderung mündlicher Verhandlungen stellt. Die entsprechende Note wird noch im Laufe des 10. Mai veröffentlicht und nach Versailles übermittelt werden.

Schon am Donnerstag ist an die Alliierten eine Note abgegangen, in der verlangt wird, daß die **deutschen Kriegsgefangenen**, da nunmehr die Friedensverhandlungen begonnen haben, **sofort freigelassen** werden. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Gefangenen erst nach der Ratifizierung freigelassen werden.

Kundgebungen für Deutschland.

Beim Einzug der Grenzschutztruppen in Oppeln fanden ergreifende Kundgebungen der Bevölkerung für Deutschland statt. Die einziehenden Soldaten wurden, wie einst in den Augusttagen 1914, mit Blumen beworfen. Die Musik mußte immer wieder Nationallieder spielen. Die Bevölkerung fordert leidenschaftlich die Bewaffnung aller Ostmärker. Ganz Oberschlesien ist entschlossen, sich unter keinen Umständen die Vergewaltigung durch die Entente gefallen zu lassen.

In Lissa (Posen) kam es, als die Friedensbedingungen bekannt wurden, zu begeisterten Kundgebungen für Deutschland. In Lissa erwartet man bestimmt eine Ablehnung der Friedensbedingungen.

Ganz Masuren ist empört über die Zumutung, daß die Bevölkerung, die urdeutsch fühlt, zu einer Volksabstimmung gezwungen werden soll. Auch hier, in Allenstein, Lyck, Oletzko ist man fest entschlossen, alles aufzubieten, um im deutschen Staatsverbande zu bleiben.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF